

04. November 2015

Stefan Jehle

## Aufarbeitung

# Das Karlsruher Institut für Technologie lässt NS-Vergangenheit früherer Führungskräfte klären

Seit fast drei Jahren lässt das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ein Gutachten erarbeiten, das mögliche belastende Momente zur Vergangenheit des früheren Leitungspersonals in der Nazizeit zum Gegenstand hat. Der Verdacht scheint sich zu erhärten, dass der 1956 als „Reaktor-Station“ und später als Kernforschungszentrum firmierende Vorläufer des Instituts in der Anfangszeit regelrecht ein Sammelbecken für NS-Militärs war.



*Das ehemalige Kernforschungszentrum im Hardtwald im Karlsruher Norden und ihr Gründungsdirektor Rudolf Greifeld Foto: Jehle/KIT*

Wohl eher durch einen Zufall war sich das 2009 aus der Fusion der Universität und des ehemaligen Forschungszentrums entstandene Karlsruher Institut für Technologie (KIT) der eigenen Entstehungsgeschichte bewusst geworden. 2012 stellte die Hochschule die Namen ihrer seit der Gründung ernannten Ehrensensoren ins Internet. Dabei fiel Kritikern schnell ins Auge, dass auch der 1969 zum Ehrensensator der Uni ernannte ehemalige Chef des Forschungszentrums, Rudolf Greifeld, auf der Liste stand – so wie auch der im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess angeklagte NS-Politiker Robert Ley. Gegen Greifeld hatte es schon zu Ende seiner Amtszeit Anfang der 1970er-Jahre Vorwürfe gegeben, er habe als Kriegsverwaltungsrat im besetzten Groß-Paris an antisemitischen Erlassen mitgewirkt.

Dabei sind Ehrensensoren in der Regel honorige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, im Fall des KIT beispielsweise Leute wie Max Grundig oder Franz Burda. Zwar sind Greifelds Verdienste beim Aufbau des Forschungszentrums unbestritten; immerhin 18 Jahre war er seit Gründung im Jahr 1956 im Amt. Doch das Wissen um seine Vergangenheit löste im Nachhinein Befremden aus. 1974 bereits hatte die Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld zusammen mit ihrem Mann Serge Klarsfeld auf Verwicklungen Greifelds aufmerksam gemacht. Greifeld gilt bis heute als "wichtiger Patron der Atomforschung". Sein ehemaliger Vize in der Geschäftsführung, Walther Schnurr, war bereits bei der Waffenentwicklung für das Reichsluftfahrtministerium von Hermann Göring tätig. Der frühere Personalchef des Forschungszentrums, Schaible, war Mitglied der Waffen-SS.

Zumindest eine Entscheidung hatte man in Karlsruhe getroffen: Aufgrund der im Raum stehenden Vorwürfe "ruht" seit 2013 die Ehrensensorenwürde von Greifeld, der 1984 in Karlsruhe gestorben war. Zudem erweiterte man den Untersuchungsauftrag an den in Düsseldorf und Jülich tätigen Historiker Bernd-A. Rusinek. Dieser gilt nun für "das gesamte Führungspersonal" der Gründungsjahre.

Kritik hatte sich immer wieder an der Dauer der Gutachterarbeit entzündet. Offenbar seit September liegt nun das ursprünglich für Ende 2014 angekündigte Gutachten zur NS-Vergangenheit Greifelds den Gremien vor. Das zumindest bestätigte man beim KIT. Mit einer Entscheidung ist wohl frühestens in ein paar Monaten zu rechnen.

Bereits mehrfach hatte die vor Jahren eingerichtete Ethikkommission des Instituts den Fall besprochen. Sie tat es auch just in derselben Woche, als im Karlsruher Rathaus erstmals der "Whistleblower-Preis" des Verbandes Deutscher Wissenschaftler (VDW) verliehen wurde – wobei auch der Name Greifeld zur Sprache kam. Der Karlsruher Rathauschef Frank Mentrup (SPD) hatte die posthume Verleihung des besagten Preises an den ehemaligen deutsch-jüdischen Mitarbeiter des Forschungszentrums, Léon Gruenbaum, "auch als Chance zur Aufarbeitung von Lokalgeschichte" angesehen. Der 2004 gestorbene Gruenbaum hatte vor Jahren als Erster auf mögliche Verstrickungen seines Ex-Chefs Greifeld in dem von Nazi-Militärs im Zweiten Weltkrieg besetzten Groß-Paris hingewiesen.

Zu konkreten Terminen für die Entscheidung will man sich beim KIT derzeit nicht weiter äußern. Auch nicht dazu, ob das gefertigte Gutachten später der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Befasst werden mit dem Gutachten das Präsidium und der Senat. Am 8. Dezember tagt erneut die Ethikkommission.

## Kernforschungszentrum

Ab dem Jahreswechsel 1956/57 leitete der zuvor im Wirtschaftsministerium des Landes tätige Jurist Greifeld den Bau des Kernforschungszentrums auf Gemarkung der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen nördlich von Karlsruhe. Bis 1966 wurden 50 Gebäude errichtet, darunter 15 wissenschaftliche Institute, ein Dutzend Speziallaboratorien, mehrere verbunkerte Gebäude für Reaktoren. Später wurden dort auch die Wiederaufarbeitungsanlage und das Institut für Transurane angesiedelt. Bis 1966 investierten Bund und Land dafür 722 Millionen Mark.